



Pressemappe

# Kontaktgruppe Syrien

Delegationsreise vom 18. bis 25. November 2019

## Vorbemerkung

Wenngleich kriegerische Handlungen nur noch in geringen Teilen des Landes stattfinden, vertritt die AfD-Bundestagsfraktion anders als durch einen Großteil der Medien kolportiert keinesfalls die Ansicht, in ganz Syrien sei ein unbeschwertes Leben vollumfänglich möglich. Nicht unwesentliche Teile des Landes liegen in Trümmern. Die wirtschaftliche Situation ist vielerorts nicht zuletzt durch die Sanktionspolitik prekär und erholt sich nur schleppend. Davon konnten sich Abgeordnete der AfD-Fraktion in den vom Kriege besonders betroffenen Städten Aleppo und Homs sowie dem Bezirk Ost-Ghouta bei Damaskus selbst ein deutliches Bild machen.

Diesbezüglich fordert die AfD-Bundestagsfraktion jedoch ein Handeln der Bundesregierung ein, dass diese Situation zu verbessern geeignet ist. Es ist jedoch die auch von der Bundesregierung verfolgte Politik, die noch immer einen derzeit realitätsfernen „regime change“ beabsichtigt, die verantwortlich dafür ist, dass diese Situation und damit die Lebensperspektive des syrischen Volkes sich nicht bessert. Einer Oppositionsfraktion vorzuwerfen, dass sie sich einen kritischen eigenen Eindruck zu verschaffen versucht, ist zynisch und unsachgemäß.

Ferner vertritt die AfD-Bundestagsfraktion ebenfalls nicht die Ansicht, die dortigen politischen, rechtstaatlichen, sozialen und administrativen Umstände seien auf einem Niveau, das europäischen Ansprüchen bzw. Standards entspreche. Gleichwohl ist festzustellen, dass kontextferne Maßstabsansetzung solcher Art moralisch unzulässig sowie politisch unsachgemäß sind. Dies insbesondere hinsichtlich eines Landes, das jahrelang von einem nicht zuletzt durch raumfremde und in ihrem Vorgehen barbarische Kräfte eskalierten Bürgerkrieg heimgesucht wurde und kulturell und religiös grundsätzlich anders konstituiert ist, als es mitteleuropäische Staaten sind.

Überdies ist die diesbezüglich ambivalente Haltung der Bundesregierung anzumerken, die in anderen, oft drastischeren Fällen, durchaus diplomatische Beziehungen zu entsprechenden Staaten unterhält und auch keine Sanktionen oder andere Zwangsmittel verhängt.

Die AfD-Bundestagsfraktion würdigt etwaig unrechtsstaatliche Umstände im vorliegenden Fall kritisch, kritisiert jedoch, dass daraus abgeleitete Handlungen und Positionen der Bundesregierung das Leid der Zivilbevölkerung nicht lindern, sondern dieses aus ideologisch bedingtem Trotz bloß verstärken.

Die fortwährende Ächtung der syrischen Regierung sowie deren Nichteinbeziehung in sachverhaltsrelevante multilaterale Konferenzen steht einem nachhaltigen Versöhnungs- sowie Wiederaufbauprozess Syriens diametral entgegen. Verstärkt wird dadurch ferner eine unnötige und völlig unzweckmäßige sowie auch aus humanitären Gesichtspunkten nicht hinnehmbare Verschleppung der Befriedung sowie Stabilisierung Syriens und damit der gesamten Region.

Abwegig, beinahe zynisch, ist überdies die Annahme, die Ächtung der syrischen Regierung, mitsamt der daraus erwachsenen praktischen Konsequenzen, erfolge im Namen respektive zugunsten des syrischen Volkes selbst. Das Gegenteil ist richtig.

Die Bundesregierung nimmt das Leid des syrischen Volkes aus ideologischen Gründen und aus Treue zu fragwürdigen Zielen ihrer „Partner“ billigend in Kauf. Die Entwurzelung einer ganzen Generation Syrer subsumiert sie als erfolgreiches Instrument der von ihr geförderten Heterogenisierung Deutschlands.

Ein so unhaltbarer wie verantwortungsloser Zustand.

# Zusammenfassung der Delegationsreise

Die Delegationsreise der AfD-Bundestagsfraktion nach Syrien fand nach monatelanger Vorbereitung im Zeitraum vom 18. bis 25. November 2019 statt. Angeführt wurde die Delegation von den Leitern der Kontaktgruppe Syrien, Frank Pasemann und Waldemar Herdt. Weiters nahmen die Bundestagsabgeordneten Udo Theodor Hemmelgarn, Jürgen Hans Pohl und Steffen Kotré teil.

## Gesprächspartner (Auszug)

### Gesellschaft/Nichtregierungsorganisationen/Kulturbetrieb

- Syrisch-Arabischer Roter Halbmond
- SOS Chrétiens d'Orient
- UNHCR
- Zentrum für Kultur und Kunst an der Damaszener Oper

### Religiöse Würdenträger

- Großmufti von Syrien (Ahmed Badreddin Hassoun)
- Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche
- Diverse Kloster- und Stiftvorsteher außerhalb von Damaskus

### Vertreter von Regierung und Verwaltung

- Stellv. Außenminister
- Minister für Tourismus
- Minister für Wirtschaft
- Minister für Wohnungswirtschaft und öffentliche Bauvorhaben
- Vertreter Ministerium für Wiederaufbau und nationale Aussöhnung
- Syrischer Volksrat & Parlamentspräsident
- Parlamentsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

### Wirtschaftsleben und privatwirtschaftliche Initiativen

- Syrische Handelskammer
- Syrian Business Council
- Stellv. Präsident Kammer für Industrie in Homs
- Diverse Unternehmer

# Intention der Delegationsreise

Primäres Ziel der Delegationsreise ist der direkte, unmittelbare und fundierte Erkenntnisgewinn zur Ableitung und Entwicklung ressortübergreifender parlamentarischer und politischer Initiativen im Sinne der Fraktionsarbeit der AfD-Bundestagsfraktion.

## Allgemeine Situation

Die Teilnehmer der Delegationsreise als Vertreter der AfD-Bundestagsfraktion wollten sich ein eigenes Bild der Lage in Syrien machen. Dieses sollte ungetrübt von westlicher Berichterstattung sein. Als Grundbedingung für einen Prozess des Befriedens, des Aussöhnens sowie langfristig des Wiederaufbaus muss eines erfüllt sein: nämlich die Abwesenheit von Krieg in weiten Teilen des Landes.

Die Delegation hat sich ein Bild davon gemacht, inwieweit die syrische Bevölkerung, syrische Behörden sowie zivilgesellschaftliche und regierungsferne Institutionen daran arbeiten, einen Weg zurück in die relative Normalität zu finden. Weiters wurde sich darüber informiert, inwieweit es für Syrer wieder möglich ist, in relativem Frieden in Syrien zu leben.

## Aussöhnung & Wiederaufbau und Wirtschaftshandel

Die Delegation hat sich aus erster Hand und mit eigenen Augen vor Ort darüber informiert, wie sich der Prozess der nationalen Aussöhnung gestaltet. Auf der straffen Tagesordnung standen dazu nicht nur Unterredungen mit Vertretern der syrischen Regierung, sondern insbesondere Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft, Unternehmer und Wirtschaftstreibende sowie Würdenträger aller religiösen Gruppen in Syrien.

In kritischer Nachfrage wurde die Problematik angesprochen, inwiefern womöglich legalistische bürokratische, ökonomische und soziale Hürden existieren, insbesondere ausgewanderten bzw. geflohenen Syrern die Rückkehr nach Syrien sowie eine Rückkehr in angemessene und zumutbare Lebensumstände zu erschweren.

Darüber hinaus wurde eruiert, inwiefern ausgewanderte syrische Staatsbürger vor Ort gebraucht werden und seitens der syrischen Behörden, sowie von Gesellschaft und Wirtschaft als Fachkräfte und „Anpacker“ gebraucht und zurückgesehnt werden.

Es wurde sich ein eingehendes persönliches Bild gemacht über anlaufende Wiederaufbaumaßnahmen. Sowohl seitens des syrischen Staates, aber insbesondere auch seitens privater Initiativen. Informiert wurde sich in diesem Zusammenhang auch über (ökonomische und humanitäre) Initiativen aus dem Ausland.

Inhalt zahlreicher Gespräche waren ferner Sicherheitsgarantien für etwaig rückkehrwillige syrische Flüchtlinge, die derzeit im Ausland leben.

Der Wiederaufbau kann ferner auch zu einem Garanten für Arbeitsplätze und Perspektiven in Syrien werden, an dem sich überdies auch deutsche Unternehmen beteiligen könnten. Insbesondere im Bereich Infrastruktur (Straßen-, Brücken und Tunnelbau aber auch Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur) werden Fachwissen und Expertenrat gebraucht.

## Internationale Sanktionen

Ein Hauptaugenmerk der Delegationsreise bestand daraus, sich über die Auswirkungen der (westlichen) Sanktionspolitik ein unmittelbares Bild zu machen. Insbesondere durch Gespräche mit direkt am Wiederaufbau beteiligten Institutionen und Organisationen sowie nicht zuletzt durch Gespräche mit der unmittelbar betroffenen Bevölkerung.

Es wurde sich mit eigenen Augen davon überzeugt, dass sich die Sanktionen letztlich ganz zuvörderst zulasten der Zivilbevölkerung auswirken.

Sie schaden nicht der Regierung, sondern den kleinen und mittleren Unternehmen und verhindern den Wiederaufbau des Mittelstandes.

So fehlt es unter anderem an dringend benötigten Ersatzteilen für Maschinen, aber insbesondere auch an Erdöl zur Abdeckung des Bedarfs der syrischen Zivilbevölkerung (Heizen, Kochen etc.).

Obwohl Wirtschaftssektoren wie Nahrungsmittel- und Pharmaproduktion offiziell nicht direkt betroffen sind, sind indirekte Auswirkungen durch die Sanktionen so stark, dass auch in diesen wesentlichen Bereichen massive Lieferengpässe existieren und das Leid der Bevölkerung verstärken.

Insbesondere die aufgrund der Sanktionen versperrten Lieferwege sowie der Ausschluss Syriens aus dem internationalen Zahlungsverkehr behindern jegliche Maßnahmen, die zu einer ökonomischen und sozialen Stabilisierung des Landes notwendig wären, wesentlich.

Die Sanktionen sind in ihrer derzeitigen Ausgestaltung völlig ungeeignet, politische Zugeständnisse seitens der syrischen Regierung zu erzwingen.

## Dialog aufnehmen

Obwohl mindestens eine Dreiviertelmillion Syrer allein in der Bundesrepublik leben, verweigert die Bundesregierung einen sachgemäßen Dialog mit der syrischen Regierung. Auch beteiligt sie sich unter Berufung auf das Sanktionsregime nicht an Wiederaufbaumaßnahmen und behindert diese aus politischem Kalkül vorsätzlich.

Allein die Einholung entsprechender Stellungnahmen und Ansichten mit Blick auf die zugrundeliegenden Sachverhalte aus erster Hand waren somit ein grundsätzliches Anliegen der Delegation.

Dies ferner im Rahmen eines gesamtheitlichen Bildes, d.h. als Ergebnis eines Dialoges mit Vertretern aus Regierung und Staat, jedoch ebenfalls mit religiösen Vertretern sowie Vertretern von NGOs, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Weiteres Ziel der Reise war es somit, diesen kritischen Dialog aus der Opposition heraus zu suchen und aufzuzeigen, dass dieser Dialog mit Syrien nicht nur möglich ist, sondern unerlässlich, um die Bedingungen für eine nachhaltige Stabilisierung des Landes und der Region zu schaffen.

## Forderungen: Thesen zur Syrienpolitik

- **Die von der Bundesregierung verfolgte Syrienpolitik ist gescheitert.** Sie basiert auf hochideologisiertem westlich-universalistischem Dominanzdenken. Dies ist lebensunwirkliche Moralpolitik auf dem Rücken des syrischen Volkes. Dieser Politik fehlt jedes Maß an friedens- und geopolitischer Verantwortung. Reale deutsche Interessen sind kein Bestandteil dieser Außenpolitik, sofern diese bundesdeutschem Regierungshandeln nicht ohnehin grundsätzlich fremd sind. Auch auf dem Feld der Syrienpolitik wurde die Bundesregierung von der Realität überrannt. **Es ist Zeit für eine neue Syrienpolitik.**
- **Die AfD-Fraktion begrüßt grundsätzlich Bemühungen, die eine nachhaltige Befriedung und Aussöhnung Syriens zum Ziel haben.** Jedoch ist festzustellen, dass der „alle Seiten einbeziehende Übergangsprozess“, zentraler Bestandteil der Ziele der Resolution 2254 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Genfer Kommuniqué, auf der **Grundannahme einer gewaltsamen Absetzung der syrischen Regierung** respektive einer weitgehenden Entmachtung derselben beruhte. Nicht zuletzt in dem Szenario, dies geschähe durch das Operieren von aus dem Ausland finanzierten, politisch unterstützten und militärisch aufgerüsteten revolutionären (oft islamistisch durchsetzten) Milizen. **Der tatsächliche Kriegsverlauf hat dieser Grundannahme jedoch den Boden entzogen.**
- Die „Wahrung der Kontinuität der staatlichen Institutionen“ (Vgl. VN-Resolution 2252) begründet sich allein durch die **Souveränität Syriens** und die faktische Ausübung der Regierungsgewalt seiner Regierung. Aufgrund dieser Tatsache bedarf es eines neuen **Dialoges und ein sachgemäßes aufeinander zugehen, dass die tatsächlichen Umstände in Syrien anerkennt.** Zu diesem Prozess gehört auch die schrittweise Normalisierung der diplomatischen Beziehungen. Jedes Handeln, das einen Sturz der Regierung („regime change“) in Damaskus zur Prämisse erhebt, ist in seinem Kern die Saat einer Wiederaufnahme des Bürgerkrieges.
- Unabhängig von den Beziehungen auf staatlicher Ebene wird **die Bundesregierung aufgefordert, wieder den Kontakt mit nichtstaatlichen Akteuren** in Syrien aufzunehmen, auch in den Gebieten, die von der Besetzung durch islamistische Milizen befreit wurden. Hierzu zählen insbesondere **Dialog und Kooperation mit humanitären Organisationen, der Kulturaustausch** sowie die Aufnahme von Beziehungen zu Akteuren der **Privatwirtschaft.**
- Die **Sanktionen** sind erwiesenermaßen unzweckmäßig und belasten in unverhältnismäßigem Übermaß den Versöhnungsprozess und das syrische Volk. **Sie gehören in ihrer jetzigen Form abgeschafft.** Sanktionen, die weiterhin an die Bedingung eines Sturzes oder an einen erheblichen Machtverlust der Regierung Assad gebunden bleiben, sind aussichtslos somit nutzlos und gefährlich. Ein Einstieg der Bundesregierung in einen Wiederaufbau sowie die Lockerung von diesbezüglichen **Bedingungen müssen jedoch an realistische Ziele gekoppelt werden** (z.B. Sicherheitsgarantien für Rückkehrer, Ressourcenverteilung im Sinne tatsächlicher Daseinsfürsorge).
- Hinsichtlich des **Wiederaufbaus** nehmen Bundesregierung und EU aus rein ideologischem Trotz das Leid der syrischen Bevölkerung in Kauf. Davon bedarf es einer Abkehr und eine Hinwendung dazu, die **Stabilisierung und Befriedung der Region** zum handlungsleitenden Motiv machen, das sich ferner aus deutschen und europäischen Interessen abzuleiten hat. Beide Akteure haben ihren diesbezüglichen Einfluss in erheblichem Maße verloren. Damaskus wendet sich zunehmend anderen Akteuren zu, maßgeblich Russland, China, Indien und dem

Iran, wodurch die Intentionen sowohl der Bundesregierung als auch der EU konterkariert werden.

- Neben **friedens- und geopolitischen Erwägungen** hat die Bundesregierung daher das Ziel zu formulieren, u.a. die Zuwanderungswelle der Jahre 2011f sowie insbesondere 2014f mittelfristig rückgängig zu machen. Syrien muss wieder zur Heimat der Syrer werden und auch das Heimatrecht der Deutschen ist seitens der Bundesregierung in Regierungshandeln umzusetzen. Es liegt im syrischen *und* im deutschen Interesse, **in Deutschland lebende syrische Staatsbürger** für den Wiederaufbau ihres Landes zu ertüchtigen und die Voraussetzungen für **deren Rückkehr in ihre Heimat** zu schaffen.
- **Derzeit leben mehrere Millionen Syrer**, d.h. ein großer Teil des syrischen Gesamtvolkes als Flüchtlinge **im Ausland**. Hinzu kommen zahlreiche Binnenflüchtlinge. Allein in der Bundesrepublik leben mehrere hunderttausend Syrer, davon der **Großteil als Sozialfall** ohne Perspektive. **Dies ist eine unhaltbare Situation**, die unter keinen Umständen einen Normalzustand zu begründen geeignet ist. Überdies ist unter Würdigung der Rechtslage einzubeziehen, dass im Falle eines **Wegfalls der Asylgrundlage** hunderttausende Personen allein mit syrischer Staatsangehörigkeit **ausreisepflichtig** werden können. Im Sinne einer sachgemäßen sowie sozialverantwortlichen Maßstäben entsprechenden **gesamtheitlichen Abwicklung dieser abnormalen Situation** fordern wir abschließend die folgenden in synergetischem Zusammenhang stehenden Maßnahmen ein:
  - I. Die Aufnahme von Beziehungen der Bundesregierung zu gesellschaftlichen, humanitären, kulturellen und privatwirtschaftlichen Institutionen in Syrien. Auch durch eigene Vertreter vor Ort.
  - II. Die schrittweise Ertüchtigung der diplomatischen Beziehungen zur Arabischen Republik Syrien und ihrer Regierung inklusive der Wiedereröffnung der Deutschen Botschaft in Damaskus.
  - III. Die gegen Syrien verhängten Sanktionen aufzuheben, sofern diese sich gegen zivile, wirtschaftliche und zuvörderst gegen die Zivilbevölkerung richten. Syrien ist weiters der Zugang zum internationalen Zahlungsverkehr zu gewähren.
  - IV. Eine Initiative der Bundesregierung dahingehend, gemeinsam mit den europäischen Partnern einen gesamtheitlichen Wiederaufbauplan für Syrien zu erarbeiten, der geeignet ist, sowohl den in Syrien lebenden Syrern als auch den emigrierten Syrern eine soziale, ökonomische und gesellschaftliche Lebensperspektive zu geben.
  - V. Einen Plan zur Remigration und Reintegration aller sodann ausreisepflichtigen sowie ausreisefähigen syrischen auszuarbeiten. Dies eingedenk der Tatsache, dass die in Deutschland zur Versorgung und Unterbringung von (syrischen) Flüchtlingen aufzuwendenden jährlichen Haushaltskosten im mehrstelligen Milliardenbereich bei etwaigem Einsatz vor Ort in Syrien einen wesentlich größeren finanziellen und nachhaltigen Hebel darstellen, als sie es in Form von sozialstaatlichen Leistungen in Deutschland sind.



In Gesamtheit basieren diese auf der **Grundbedingung** des gesamtheitlichen syrischen Wiederaufbaus: dem **Ende des Krieges** in den meisten Landesteilen.

Diese Grundbedingung ermöglicht nun die Erfüllung der **Vorbedingungen** für die anlaufende Rückkehr von Flüchtlingen: die Herstellung einer angemessenen **Lebensperspektive** für Syrer in Syrien. Denn Deutschland ist nicht deren Heimat.

# Anhang 1 – Pressemitteilungen der Kontaktgruppe Syrien

## Pressemitteilung von Dienstag, den 19. November 2019 zu den Zielen der Delegationsreise

Die Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion ist zu einer mehrtägigen Delegationsreise nach Syrien gereist. Angeführt wird die Delegation von Frank Pasemann und Waldemar Herdt, den Leitern der Kontaktgruppe Syrien. Überdies Teil der Delegation sind die Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn, Jürgen Pohl sowie Steffen Kotré.

Primäre Ziele der Reise sind die Einholung eines konkreten Lagebildes unmittelbar vor Ort sowie die Fortführung intensiver Dialoge, insbesondere hinsichtlich der Situation der syrischen Bevölkerung, dem Stand des Befriedungs- und Versöhnungsprozesses sowie bezüglich des infrastrukturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wiederaufbauprozesses. Weitergehendes Ziel der Delegation ist der intensive Erkenntnisgewinn sowie eine Fundierung umfangreicher parlamentarischer Initiativen, mit denen die AfD-Bundestagsfraktion den Wiederaufbauprozess Syriens zum Gegenstand deutschen Interesses erheben will, der seitens der Bundesregierung in friedens- und geopolitischer Verantwortungslosigkeit nicht nur ignoriert, sondern geradezu bekämpft wird.

„Die Bundesregierung verweigert sich der Anerkennung der Realität. Ihre Syrienpolitik ist gescheitert. Es liegt somit an der Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag, durch intensiv vorbereitete Gespräche Wege einer neuen Syrienpolitik aufzuzeigen, die einer Befriedung des Konfliktes sowie der Stabilisierung der Region – und damit eine Politik zum Wohle des syrischen *und* des deutschen Volkes – förderlich wäre“, so der Leiter der Delegation, der Bundestagsabgeordnete Frank Pasemann am Dienstagmorgen aus Damaskus.

„Die Reise ist ein Instrument generischer Oppositionspolitik, nämlich einer intensiven und konstruktiven Regierungskontrolle“, ergänzt der AfD-Bundestagsabgeordnete Waldemar Herdt. „Durch den kritischen Dialog vor Ort, mit Vertretern aus Regierung und Behörden, aber auch religiösen Vertretern sowie Gesprächspartnern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und aus der Mitte des syrischen Volkes, wollen wir der bundesdeutschen Öffentlichkeit vor Augen führen, dass Gespräche in Richtung einer friedensorientierten Nachkriegsordnung im Sinne eines syrischen Neuanfangs durchaus möglich sind. Dieses Handeln müsste eigentlich eine wesentliche Säule der Außenpolitik der Bundesregierung sein, die jeglichen Anspruch Deutschlands als verlässlicher und hochgeschätzter Mittler im Nahen Osten aufgegeben hat“, so Herdt abschließend.

## Pressemitteilung von Mittwoch, den 20. November 2019 zur lächerlichen Empörungshysterie der Altparteien

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl, der sich derzeit gemeinsam mit einer Delegation der AfD-Bundestagsfraktion in Syrien aufhält, weist die an der Reise geübten Untergriffigkeiten scharf zurück. Pohl: „Diese Empörungshysterie der Altparteien ist völlig lächerlich und substanzlos. Wie von den Medien bestellt, lassen die Altparteienpolitiker keine Möglichkeit aus, um ihre Vorurteile und Unkenntnis in billige Klischees umzuleiten.“

Insbesondere Politiker der Grünen fielen mit besonders abwegigen Äußerungen auf, die weder mit der Realität in Syrien noch mit dem eigentlichen Ziel der Delegationsreise ansatzweise in Einklang zu bringen sind.

„Wie absehbar, ergibt sich das gesamte bundesdeutsche Establishment in phraseologischer Hetze, ohne sich je ein eigenes Bild der Lage vor Ort gemacht zu haben“, so Pohl weiter. „Es ist so zulässig wie unerlässlich, sich von den Fortschritten in Syrien ein eigenes, kritisches Bild zu machen. Keineswegs behauptet die AfD-Fraktion, Syrien sei nach dem verheerenden von außen ins Land getragenen Krieg vollständig zur Normalität zurückgekehrt. Es ist jedoch die Politik der Bundesregierung und des Westens, die insbesondere durch ihre aggressive Isolations- und Sanktionspolitik eine rasche Verbesserung der Lebensumstände in Syrien aktiv und willentlich behindert. Wenn durch unser Bemühen vor Ort auch nur einer Familie und einem Kind geholfen wird, widerlegt allein das die dumpfen Stammtischparolen der Bundesregierung und ihrer Hilfskoalitionäre von den Grünen“, ergänzt Pohl.

„Diese kontextfernen Maßstabsetzungen, wie sie sich in den Salonsprüchen der Altparteien widerspiegeln, sind an Heuchelei nicht zu überbieten“, sekundiert ihn Frank Pasemann, Leiter der Delegation in Syrien. „Es ist dieselbe Bundesregierung, die beste Kontakte zu ganz anderen Regierungen pflegt, in denen die politischen, rechtstaatlichen und gesellschaftlichen Umstände wesentlich weiter von europäischen Maßstäben entfernt sind, ohne dass die Bundesregierung dort Zwangsmittel gegen die Bevölkerung verhängen würde. Wenig verwunderlich ist es natürlich, dass es für die Altparteien unvorstellbar ist, dass sich aus den tatsächlichen Umständen sowohl in Deutschland als auch in Syrien ganz wesentliche gemeinsame Interessen ergeben. Wer aber wie die Altparteien sein eigenes Volk ganz offen verachtet und bekämpft, dem kann es nur fremd bleiben, dass sich heimatorientierte Politiker aus Deutschland auch für das Heimatrecht anderer Völker interessieren“, so Pasemann dazu abschließend.

## Pressemitteilung von Mittwoch, den 20. November 2019 zur aggressiven Sanktionspolitik

Die Delegation der AfD-Bundestagsfraktion kam am gestrigen Dienstag mit Vertretern diversester Lebensbereiche Syriens zusammen. Neben Vertretern von Nichtregierungsorganisationen wie dem Roten Halbmond führte die Kontaktgruppe Gespräche im syrischen Außenministerium sowie in der syrischen Handelskammer. Ferner kam es zu einem regen Austausch mit Vertretern des kulturellen Lebens, jungen Künstlern des Zentrums für Kultur und Kunst an der Oper von Damaskus, Wirtschaftstreibenden sowie Vertretern aus Zivilgesellschaft und Opposition.

Insbesondere Vertreter aus Wirtschaft sowie aus dem Bereich der humanitären Hilfe äußerten sich explizit kritisch gegenüber der Sanktionspolitik des Westens und bemängelten die Rolle Deutschlands, das sich offenkundig nur noch nach den Vorgaben Dritter ausrichte, selbst jedoch keinen politischen Gestaltungswillen mehr aufbringe. Auch sei man enttäuscht von der bundesdeutschen Politik, galt Deutschland seit jeher eigentlich als vertrauenswürdiger Mittler im Nahen Osten.

Waldemar Herdt, Sprecher der AfD-Fraktion für Menschenrechtspolitik dazu:

„Die Versäumnisse des Westens und der Bundesregierung offenbaren sich in Syrien aller Orten. Insbesondere der Rote Halbmond bemängelt die Schwierigkeiten, die sich aus der Isolations- und Sanktionspolitik für die Praxis lebenswirklicher humanitärer Hilfe ergeben. Die Bundesregierung vermischt hier realitätsfremde ideologische Forderungen mit humanitärer Unterstützung mit dem Nötigsten. Die bundesdeutsche Außenpolitik ist in Sachen Syrien nichts weiter als zynische Menschenverachtung auf dem Rücken eines ganzen Volkes.“

Steffen Kotré, Sprecher für Energiepolitik, ergänzt:

„Die vielen Gespräche mit Wirtschaftsvertretern und Gewerbetreibenden verdeutlichen erneut: unter den Sanktionen leidet nur die Bevölkerung. Sanktionierte Produkte sind, sofern über Umwegen verfügbar, überteuert, gerade die medizinische Versorgung ist dadurch gefährdet. In Syrien hatte ferner das Gütesiegel ‚Made in Germany‘ einen stets herausragenden Stellenwert, weshalb noch viele deutsche Maschinen in Syrien in Betrieb sind. Diese bekommen nun keine Ersatzteile mehr. Nachdem der Krieg in Syrien nun de facto entschieden ist, wären gemeinsame Wirtschaftsinitiativen ein entscheidender Weg hin zu nachhaltiger Lebensperspektive und Frieden in Syrien. Dieser Friedens- und Wiederaufbauprozess wird durch die Bundesregierung ganz bewusst behindert. Dies ist reiner Zynismus. Wir fordern ein unverzügliches Ende der menschenverachtenden Sanktionen!“

Udo Hemmelgarn ferner zu Gesprächen mit Vertretern aus Kultur, Zivilgesellschaft und Opposition:

„Es täte der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur gut, sich vor Ort über das Aufbäumen der Syrer ein Bild zu machen, die sich zurück in die Normalität kämpfen. In weiten Teilen des Landes begegnet man beeindruckenden jungen Menschen, die aktiv, mutig und lebensfroh an ihrer persönlichen Zukunft und der Zukunft Syriens arbeiten. Allen ist der Wunsch gemein, die vielen ins Ausland geflohenen Syrer könnten bald zurückkommen, um an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Auch Vertreter der Opposition stimmten zu, dass Syrien seine junge Generation zurückbrauche. Die Bundesregierung muss hier nun aktiv werden

und sich konstruktiv einbringen, um für den Wiederaufbau Syriens und die Reintegration seiner Landsleute endlich die notwendigen Bedingungen herzustellen.“

Frank Pasemann abschließend:

„Konstruktives deutsches Engagement wird in Syrien herbeigesehnt. Der freundschaftliche Empfang unserer Delegation ist Ausdruck dessen sowie der Hoffnung, Deutschland fände zu seiner geschätzten Rolle als Mittler in der Region zurück. Die Haltung der Bundesregierung trifft auf Unverständnis und Enttäuschung. Namens der Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion fordere ich die Bundesregierung erneut auf, ihre realitätsferne und menschenverachtende Haltung endlich zu überdenken: die Syrienpolitik der Bundesregierung ist völlig gescheitert – es ist Zeit für einen neuen Ansatz zur Befriedung Syriens und der Region!“

## Pressemitteilung von Freitag, den 22. November 2019 zu Tourismus in Syrien; Einladung an Herrn Außenminister Heiko Maas

Die Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion traf sich im Zuge ihrer Delegationsreise mit dem syrischen Minister für Tourismus. Inhalt der Unterredung war insbesondere das Bemühen Syriens, diesen wichtigen Wirtschaftszweig nach kriegsbedingten Einbrüchen wieder mit Leben zu füllen. Problematisch sei neben den Sanktionen und der mangelnden Anbindung mit Direktflügen nicht zuletzt die fortwährenden medialen und politischen Negativkampagnen in Deutschland und Europa.

Dazu der Leiter der Delegation, der Bundestagsabgeordnete Frank Pasemann: „Der syrische Tourismusminister lädt den bundesdeutschen Außenminister Heiko Maas explizit ein, selbst nach Syrien zu reisen, um sich ein eigenes Bild vor Ort zu machen. Maas ist auch eingeladen, eine eigene Delegation mitzubringen, damit er sich nicht allein fühlen und fürchten muss.“

Seit 2016 zieht der Tourismus in Syrien wieder an. Im laufenden Jahr 2019 steht man kurz vor Erreichung des Ziels, wieder mehr als eine Million Touristen pro Jahr verzeichnen zu können.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Udo Hemmelgarn ergänzt diesbezüglich: „Der Wiederaufbau der Tourismusbranche ist eine wesentliche Säule des Befriedungs- und Wiederaufbaus in Syrien. Nur durch wirtschaftliche Restabilisierung ist eine nachhaltige soziale Befriedung möglich. Die Bundesregierung muss ihre Haltung hier dringend ändern, um diesen Prozess nicht länger zu behindern. Wir fordern die Bundesregierung daher erneut auf, zumindest auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene wieder in Beziehung mit Syrien und seiner Zivilgesellschaft zu treten. Die ideologische Ignoranz der Bundesregierung ist schlicht verantwortungslos!“

## Pressemitteilung von Freitag, den 22. November 2019 zu Treffen mit dem Großmufti von Syrien Hassoun

Die Delegation der AfD-Bundestagsfraktion hat sich am gestrigen Donnerstag in Damaskus mit dem geistlichen Oberhaupt der Muslime in Syrien, dem Großmufti Hassoun, getroffen. In einem von Freundschaft geprägten Gespräch betonten beide Seiten ihre Übereinstimmung in wesentlichen Punkten hinsichtlich der Situation in Syrien sowie dem Agieren westlicher Regierungen. Großmufti Hassoun stellte ferner erneut deutlich klar, auf welcher perfiden Weise seine Aussagen insbesondere in bundesdeutschen Medien verzerrt wurden.

Dazu der AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl: „Der Großmufti fand hinsichtlich der Situation in Syrien und der Haltung der westlichen Staatengemeinschaft klare Worte. Wir stimmen mit Dr. Hassoun völlig überein, dass die Heimat der Syrer Syrien ist – und auch die nach Deutschland ausgewanderten syrischen Staatsbürger aufgerufen sind, in ihre Heimat zurück zu kehren, um sich aktiv am Wiederaufbau zu beteiligen.“

Pohl weiter: „Als geistliches Oberhaupt der größten Religionsgemeinschaft ist Großmufti Hassoun eine über die Landesgrenzen Syriens hinaus weit anerkannte Persönlichkeit. Dr. Hassoun vertritt ferner eine explizit säkulare und liberale religiöse Haltung. Dies sieht offenbar auch der Deutsche Bundestag so, der Gastgeschenke des Großmuftis im ökumenischen Andachtsraum prominent ausstellt.“

Auch Frank Pasemann, Leiter der Delegation, betont, dass man mit dem Großmufti völlig übereinstimme: „Es ist ein unerklärliches und skandalöses Verhalten der Bundesregierung: nicht nur, dass sie Syrien um eine ganze Generation junger Männer beraubt, weil sie Deutschland bis zur Unkenntlichkeit überfremden will. Sie nutzt diese Menschen auch noch als Geiselpfand, wenn sie eine Rückkehr und Beteiligung am Wiederaufbau dieser Menschen verhindert, um einem gebeutelten Land fragliche Zugeständnisse abzupressen.“

## Pressemitteilung von Freitag, den 22. November 2019 zu Treffen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Unternehmern

Die Delegation der AfD-Bundestagsfraktion hat sich am gestrigen Donnerstag in Damaskus mit verschiedenen Wirtschaftsvertretern getroffen. Diese Termine mit privaten Unternehmern sowie Vertretern des Syrian Business Council (SBC) und anderer Nichtregierungsorganisationen. Diese, sowie die meisten Termine der Reise, wurden auf eigene Initiative der Delegation und ohne weiteres Zutun der syrischen Regierung vereinbart. Ebenfalls traf man sich mit dem syrischen Wirtschaftsminister.

Dazu der AfD-Bundestagsabgeordnete und Leiter der Kontaktgruppe Syrien Waldemar Herdt: „Ob nun von Seiten der Regierung als auch von Seiten der Nichtregierungsorganisationen wie etwa dem Syrian Business Council sowie privaten Vertretern aus Wirtschaft und Handel, einhellig wurde geäußert, dass die bestehenden Wirtschaftssanktionen nicht nur die Zivilbevölkerung am schlimmsten treffen, sondern auch, dass durch diese der Wiederaufbau in den bereits befriedeten Teilen des Landes geradezu verunmöglicht wird.“

Immer wieder wurde auch thematisiert, dass der Ausschluss Syriens vom internationalen Finanzverkehr einem in weiten Teilen bereits einsetzenden Wiederaufbau erheblich im Wege steht. Der Import von Waren aus dem Ausland, die insbesondere für den Infrastrukturbereich aber auch die medizinische Versorgung des Landes dringend benötigt wird, ist somit beinahe gänzlich unterbunden. Ausländische Betriebe würden durch die Wirtschaftssanktionen auch in den Bereichen von einer Zusammenarbeit abgeschreckt, die auf dem Papier durchaus legal sind.

Dazu abschließend der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré: „Durch die Wirtschaftssanktionen müssen unter anderem auch Heizöl und andere alltägliche Verbrauchsgüter auf Erdölbasis aufwendig importiert werden. Der so entstehende Mangel an Versorgung mit Wärme trifft insbesondere Alte, Schwache und Kinder.“



## Pressemitteilung von Montag, den 25. November 2019 zum Abschluss der Delegationsreise

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Leiter der Kontaktgruppe Syrien der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Waldemar Herdt zieht nach Abschluss der Delegationsreise nach Syrien ein positives Fazit: „Wir werten diese Reise als großen Erfolg. Wir haben unmittelbare Eindrücke gewonnen und uns durch zahlreiche intensive Gespräche einen umfassenden Überblick über die Situation in Syrien verschafft. Diesen werden wir nun für zahlreiche weitere politische und parlamentarische Initiativen nutzen.“ In rund einer Woche nahm die Delegationsreise über 25 Gesprächstermine wahr. Insgesamt wurde erneut deutlich, dass die selektive Darstellung der Situation Syriens in der bundesdeutschen Öffentlichkeit einer vollumfänglichen Berichterstattung nicht gerecht wird. Dazu erneut Waldemar Herdt: „Syrien hat viele Probleme und einen langen Weg vor sich, um nach nun acht Jahren Krieg wieder zu sich zu finden. Dennoch ist das Land vielerorts in Aufbruchstimmung. Es sind die Ächtung Syriens sowie die Angriffe auf Wirtschaft und Gesellschaft seitens des Westens, die einem nachhaltigen Aufbauprozess und damit einer Linderung der Situation entgegenstehen. **Die Syrienpolitik der Bundesregierung jedenfalls ist an der Realität gescheitert.**“ Herdt fordert erneut die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur syrischen Regierung, ein Ende der Sanktionen sowie eine Initiative der Bundesregierung hinsichtlich eines gesamtheitlichen Wiederaufbaus in Syrien.

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, mindestens den Kontakt zu Vertretern aus Gesellschaft, Privatwirtschaft und Kultur wieder aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, Syrien wieder an den internationalen Zahlungsverkehr anzuschließen“ ergänzt überdies der AfD-Bundestagsabgeordnete Frank Pasemann. „**Im Sinne beider Völker: Es ist Zeit für eine neue Syrienpolitik!**“, so Pasemann nach der Reise abschließend.

Am Dienstag, den 26. November werden die Teilnehmer der Delegationsreise nach Syrien zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Alexander Gauland eine Pressekonferenz in den Räumen der Bundespressekonferenz abhalten. Beginn wird 9:00 Uhr in Raum 5 sein.

## Anhang 2 – Pressestimmen

### **Tagesschau vom 15. November 2019:**

Eine Delegation der AfD-Fraktion will nach Informationen von WDR und NDR in der kommenden Woche nach Syrien reisen. Die Partei will offenbar demonstrieren, dass Syrien ein sicheres Herkunftsland sei.

*Von Sebastian Pittelkow, NDR, und Katja Riedel, WDR*

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-syrien-103.html>

### **Deutsche Welle vom 18. November 2019:**

Abgeordnete der AfD fordern eine neue Syrien-Politik und sind deshalb wieder einmal demonstrativ in das Land geflogen. Für alle anderen Parteien ein durchschaubarer und zynischer Schritt.

<https://www.dw.com/de/scharfe-kritik-an-afd-reise-nach-syrien/a-51296129>

### **Welt vom 19. November 2019:**

Für einen einwöchigen Besuch sind AfD-Politiker derzeit in Syrien. Geplant ist auch ein Gespräch mit Vertretern der Assad-Regierung. Die Bundesregierung hatte schon die erste Reise vor anderthalb Jahren scharf kritisiert.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article203638688/AfD-Delegation-in-Syrien-zu-Gespraechen-mit-Assad-Regierung.html>

### **n-tv vom 19. November 2019:**

Die AfD übt seit Längerem Kritik an der Syrienpolitik der Bundesregierung. Eine Delegation der Partei will sich nun vor Ort selbst ein Bild der Lage machen. Grünen-Chef Habeck sieht darin den Versuch, das Bürgerkriegsland als sicher darzustellen. Das sei "an Perfidität und an Perversität kaum zu überbieten".

<https://www.n-tv.de/politik/AfD-schickt-Delegation-nach-Syrien-article21405029.html>

### **WAZ vom 19. November 2019:**

Eine AfD-Delegation ist erneut zu Gesprächen mit dem Assad-Regime nach Syrien gereist. Was die anderen Parteien besonders kritisieren.

<https://www.waz.de/politik/afd-delegation-trifft-erneut-assad-regime-harsche-kritik-id227691655.html>

### **t-online vom 19. November 2019:**

Eine Delegation der AfD-Fraktion des Bundestages ist zu einem Besuch in Syrien eingetroffen. Neben Sightseeing stehen auch Gespräche mit Regierungsvertretern auf dem Plan.

[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_86840070/afd-delegation-besucht-syrien-gespraech-mit-assad-regierung-geplant.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_86840070/afd-delegation-besucht-syrien-gespraech-mit-assad-regierung-geplant.html)

### **RND vom 19. November 2019:**

Schon im März 2018 waren AfD-Politiker für Gespräche mit Unterstützern des Regimes um Machthaber Assad nach Syrien gereist. Dafür hatten sie harsche Kritik auf sich gezogen. Nun ist erneut ein AfD-Tross in Damaskus angekommen, um mit der Assad-Regierung zu reden – und Sehenswürdigkeiten zu besuchen.

<https://www.rnd.de/politik/afd-delegation-zu-gesprachen-mit-assad-regierung-in-syrien-4EPJ2YSD3QHAANHXNSGEUPOY34.html>



**focus vom 19. November 2019:**

Abgeordnete der AfD fordern eine neue Syrien-Politik und sind deshalb wieder einmal demonstrativ in das Bürgerkriegsland geflogen. Für alle anderen Parteien ein durchschaubarer und zynischer Schritt.

[https://www.focus.de/politik/ausland/vor-allem-gruene-sauer-scharfe-kritik-an-afd-reise-nach-syrien\\_id\\_11363073.html](https://www.focus.de/politik/ausland/vor-allem-gruene-sauer-scharfe-kritik-an-afd-reise-nach-syrien_id_11363073.html)

**SANA vom 19. November 2019 (I):**

The council of the Syrian Chambers of Commerce Federation on Tuesday held talks with a German parliamentary delegation on the possibility of restoring economic and commercial relations between Syria and Germany to their former state and working to lift the sanctions imposed on Syria.

<https://sana.sy/en/?p=178777>

**SANA vom 19. November 2019 (II):**

Assistant Foreign and Expatriates Minister Ayman Sousan on Tuesday met a German parliamentary delegation headed by MP Frank Pasemann.

<https://sana.sy/en/?p=178771>

**Die Tagesstimme vom 20. November 2019 (I):**

Eine Delegation der AfD-Bundestagsfraktion ist nach Syrien gereist, um sich vor Ort ein Bild der Lage zu machen und mit Vertretern der Regierung zu sprechen.

<https://www.tagesstimme.com/2019/11/20/afd-delegationsreise-als-intensive-und-konstruktive-regierungskontrolle/>

**Die Tagesstimme vom 20. November 2019 (II):**

Pasemann (AfD) fordert die Bundesregierung erneut auf, ihre „realitätsferne und menschenverachtende Haltung“ endlich zu überdenken, denn die Syrienpolitik der Bundesregierung sei „völlig gescheitert“. Nun sei es Zeit für einen neuen Ansatz zur Befriedung Syriens und der Region, so Pasemann.

<https://www.tagesstimme.com/2019/11/20/pasemann-die-syrienpolitik-der-bundesregierung-ist-voellig-gescheitert/>

**rt deutsch vom 21. November 2019:**

AfD besucht Damaskus: 700.000 Flüchtlinge sollen zurück und Syrien-Sanktionen beendet werden

<https://deutsch.rt.com/kurzclips/94883-afd-besucht-damaskus-700000-fluechtlinge-sanktionen/>

**Stern vom 22. November 2019:**

AfD-Abgeordnete reisen nach Syrien und fordern Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen.

<https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/news-von-heute--afd-abgeordnete-treffen-regierungsvertreter-in-syrien-9014002.html>

**freitag vom 22. November 2019:**

AfD in Syrien Die AfD zeigt mit der Syrienreise einiger Abgeordneter, was "Alternative Facts" sind. Sie produzieren eine andere Wahrheit und bereiten neue Bündnisse vor.

<https://www.freitag.de/autoren/julius-wolf/konkurrierende-wahrheiten>



**tagesschau vom 22. November 2019:**

Mehrere AfD-Abgeordnete treffen sich in diesen Tagen mit Vertretern der Assad-Regierung in Damaskus. Es geht um eine Normalisierung der Beziehungen - und um die Frage, ob Flüchtlinge zurückkehren können.

<https://www.tagesschau.de/ausland/afd-syrien-105.html>

**bild vom 22. November 2019:**

Fünf Bundestagsabgeordnete der AfD weilen seit Dienstag in Syrien und touren durch die vom Assad-Regime gehaltenen Gebiete des Landes.

<https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/afd-syrien-reise-von-abgeordneten-wird-zur-propaganda-show-fuer-diktator-assad-66200056.bild.html>

**welt vom 22. November 2019 (I):**

AfD-Delegation führt Gespräche mit Assad-Regierung

<https://www.welt.de/videos/video203754702/Syrien-Konflikt-AfD-Delegation-fuehrt-Gespraech-mit-Assad-Regierung.html>

**welt vom 22. November 2019 (II):**

Abgeordnete der AfD sind nach Syrien gereist, um Regierungsvertreter zu treffen. In den sozialen Medien berichtet der Abgeordnete Herdt von angeblich friedlichen Zuständen. Im russischen Fernsehen werden die Stellungnahmen noch waghalsiger.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article203750330/AfD-Abgeordnete-reisen-erneut-nach-Syrien-und-ziehen-fragwuerdiges-Fazit.html>

**Die Tagesstimme vom 22. November 2019:**

Laut Frank Pasemann (AfD) lädt der syrische Tourismusminister den deutschen Außenminister Heiko Maas (SPD) „explizit ein, selbst nach Syrien zu reisen, um sich ein eigenes Bild vor Ort zu machen“.

<https://www.tagesstimme.com/2019/11/22/afd-in-syrien-gespraech-mit-tourismusminister-und-grossmufti/>

**epochtimes vom 22. November 2019:**

Zum zweiten Mal nach 2018 besucht eine Delegation der AfD im Bundestag Syrien. Die AfD, die dafür eintritt, das Assad-Regime als politische Realität anzuerkennen, erhofft sich von einer Normalisierung der Beziehungen auch eine Rückführung syrischer Flüchtlinge.

<https://www.epochtimes.de/politik/welt/afd-delegation-in-syrien-rueckkehr-zur-diplomatie-erleichtert-rueckfuehrung-von-770-000-fluechtlingen-a3074079.html>

**Die Tagesstimme vom 25. November 2019:**

Man habe unmittelbare Eindrücke gewonnen und sich durch zahlreiche intensive Gespräche einen umfassenden Überblick über die Situation in Syrien verschafft, so Waldemar Herdt von der AfD.

<https://www.tagesstimme.com/2019/11/25/abschluss-der-delegationreise-nach-syrien-afd-zieht-positive-bilanz/>